

LEITARTIKEL

Ingo Richter

Perspektiven der beruflichen Integration von Jugendlichen

Zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes

Der Konsens über die Reform der Berufsausbildung ist groß; es gibt aber auch beträchtliche Dissense. Die Chance einer grundlegenden Novellierung des Berufsbildungsgesetzes hängt davon ab, ob es gelingt, auf der Grundlage der Konsense und unter Vermeidung der Dissense einen gangbaren Weg zu finden. Deshalb gebe ich zunächst einen knappen Überblick.

Grundlage für meinen Überblick bilden eine Reihe von berufsbildungspolitischen Dokumenten aus den vergangenen Jahren.¹

1. Alle wollen am Dualen System der beruflichen Bildung festhalten; einige wollen sich jedoch auf eine systemimmanente Reform beschränken, während andere die Berufsausbildung insgesamt reformieren wollen.
2. Der Beruf soll die Grundlage der beruflichen Bildung bleiben, auch wenn zwischen einer Grund- und einer Zusatzausbildung unterschieden wird; streitig ist jedoch die Abgrenzung zwischen beiden.
3. Die Bedeutung der Praxis wird allseits betont; Streit herrscht jedoch über ihr Ausmaß und über ihre Organisation.
4. Die Ausbildung ist eine Gemeinwohlaufgabe; wer aber soll zahlen?
5. Die steigende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung wird allseits anerkannt; über die Abgrenzung von Aus- und Weiterbildung herrscht jedoch Streit.

1 Deutscher Städtetag, Zukunft der beruflichen Bildung (4./5. März 1997).
 Kultusministerkonferenz, Überlegungen der KMK zur Weiterentwicklung der Berufsbildung (23.10.1998)
 Land Brandenburg, Potsdamer Eckpunkte zur Reform der beruflichen Bildung (März 1998).
 Hans Böckler Stiftung (Sachverständigenrat Bildung), Ein neues Leitbild für das Bildungssystem – Elemente einer künftigen Berufsausbildung (Dezember 1998).
 Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen Berlin, Modernisierung der beruflichen Bildung (September 1999).
 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Vorschläge zur Verbesserung der Strukturen und der Rahmenbedingungen der Berufsausbildung (12.10.1999).
 Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit (November 1999).
 Zentralverband des Deutschen Handwerks, Aus- und Weiterbildung nach Maß – Das Konzept des Handwerks (o.J.).
 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Perspektiven für die Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland (25. März 2000).
 Kultusministerinnen und Kultusminister der unionsregierten Länder, Sicherung der Berufsausbildung und Qualifizierung junger Menschen (September 2003).

6. Beim Thema Modularisierung ist der Konsens nur schwer auszumachen; niemand will die sogenannte Durchmodularisierung, doch die einen wollen sie auf Randbereiche beschränken, während die anderen hierin einen wichtigen Reformansatz sehen.
7. Die Chancen einer Verbundausbildung betonen viele; doch über ihre Einführung herrscht Streit.
8. Die Existenz eines Zweiten Ausbildungsmarktes ist unübersehbar; einige halten ihn jedoch nach wie vor für eine Notmaßnahme, während andere darin längst ein Parallelsystem sehen.
9. Bei der Gesetzgebungskompetenz gibt es keinen Konsens: Die einen wollen an dem status quo der gespaltenen Kompetenzen festhalten, während die anderen entweder dem Bund oder den Ländern mehr Kompetenzen einräumen wollen.

Vielleicht hilft ja die Auseinandersetzung über das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, rechtzeitig nach dem gemeinsam gangbaren Weg zu suchen.

Doch wenn dieser Weg gefunden ist, fangen die eigentlichen Probleme erst an, denn die deutsche Berufsausbildung steht vor großen Herausforderungen.

1 Vom Ausbildungsplatzmangel zum Auszubildendenmangel

Zur Zeit herrscht akuter Ausbildungsplatzmangel. Das wird sich vermutlich bald ändern! – und zwar aus demographischen Gründen, vor allem aber aus bildungspolitischen Gründen. Die Geburtenquote von 1983, aus der die jetzt durchschnittlich 19jährigen stammen, betrug in der BRD und in der DDR zusammen rund 830.000 Lebendgeborene. Die Geburtenquote von 2002, aus der die 19jährigen des Jahres 2021 stammen werden, betrug 720.000 Lebendgeborene, also 90.000 weniger! Aber das ist vielleicht gar nicht so entscheidend. Die BLK hat auf der Basis der Bildungsbeteiligungsstruktur des Jahres 2000 prognostiziert, dass die Zahl der Eintritte in das Duale System im Jahre 2015 – bei gleicher Ausbildungsbereitschaft der Betriebe – nur um rund 50.000 niedriger sein werde als im Jahre 2000. Die mutmaßliche demographische Entwicklung begründet deshalb allein noch keinen Mangel an Ausbildungsinteressenten.²

Ein »Lehrlingsmangel« – um einmal das alte Wort zu benutzen – würde nur dann entstehen, wenn sich die Bildungsbeteiligung drastisch verändern würde, wenn also der Besuch der beruflichen Vollzeitschule, der Gymnasialen Oberstufe und insbesondere der Hochschulen deutlich steigen würde. Die BLK geht sogar von einem Rückgang der beruflichen Vollzeitschüler aus, und prognostiziert von 2000 bis 2015 – bei gleicher Bildungsbeteiligung einen Rückgang um rund 60.000³. Geht man aber davon aus, dass die rund 100.000 Abiturienten, die zur Zeit jährlich in das Duale System eintreten, den direkten Weg in die Hochschule wählen, dass der Besuch von Vollzeitberufsschulen steigt, dass der relative Schulbesuch der Gymnasialen Oberstufe steigt, dass die Studierendenquote steigt – dann geht dies alles zu Lasten des Dualen Systems. Um nur ein Szenario zu nennen: Nach dem OECD-Bericht »Educati-

2 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bestandsaufnahme zur quantitativen Entwicklung zur vollzeitschulischen Bildungsangebote in der beruflichen Bildung und Ableitung von bildungspolitischen Folgerungen – Fortschreibung der von der Kommission am 15.03.1999 verabschiedeten Bestandsaufnahme (26.09.2002) – unveröffentlicht.

3 A.a.O.

on at a Glance« vom September des vergangenen Jahres⁴ beträgt der relative Hochschulbesuch im OECD-Durchschnitt 50%, in Deutschland dagegen 32%, in Finnland 70%; Frankreich plant 80%. Bildungspolitische Entscheidungen, die in diese Richtung gehen, gefährden die Existenz des Dualen Systems.

2 Hochqualifikation und Niedrigqualifikation – »Großraumfahrstühle« sind gefragt

Über zwei Aufgaben der Berufsbildungspolitik besteht seit langem Konsens:

- 1. Wenn Deutschland in Zukunft von Produktion und Export technologischer Spitzenprodukte, erstklassiger Dienstleistungen und intelligenter Problem- und Konfliktlösungen leben will, braucht es eine *neue Klasse* hochqualifizierter Arbeitskräfte.
- 2. In Deutschland erreichen rund 10% der 15jährigen die unterste Kompetenzstufe des PISA-Lesetests nicht. Und rund 25% kommen über die beiden untersten Kompetenzstufen nicht hinaus, d.h. dass 10% keine Chance der Lebensbewältigung und Beschäftigungsfähigkeit haben und dass 25% eine riesige Risikogruppe sind.⁵

Nach dem Jahrzehnt der Bildungsreform in den 60er Jahren sprach man von einem sogenannten Fahrstuhleffekt, der alle weiter nach oben gebracht hätte, wenn auch einige schneller und höher als andere. Heute scheint ein neuer Fahrstuhleffekt erforderlich, nur handelt es sich um »Großraumfahrstühle«. Der »Großraumfahrstuhleffekt« müsste folgendermaßen aussehen, – mit willkürlichen Zahlen.

	Bedarf	Bestand	Fahrstuhl
Hochqualifikation	30%	10%	
Mittelqualifikation	60%	50%	(20%) ↑
Niedrigqualifikation	10%	30%	(30%) ↑
Nichtqualifikation	-	10%	(10%) ↑

Die Zahlen mögen willkürlich sein, die dreifache Herausforderung ist jedoch eindeutig:

- 1. Nicht-Qualifizierte zu qualifizieren
- 2. Niedrig-Qualifizierte so zu qualifizieren, dass sie Arbeitsplätze mit mittleren Anforderungen einnehmen können,
- 3. Mittel-Qualifizierte so zu qualifizieren, dass sie Arbeitsplätze mit hohen Anforderungen erfüllen können.

4 2003.
5 Deutsches PISA-Konsortium (Hg.), PISA 2000, Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, 2001, S. 101 f.

3 Deadlock im derzeitigen Ausbildungssystem – das »Münchhausen-Syndrom«

Es ist nicht ersichtlich, wer die soeben benannte Qualifizierungsoffensive leisten kann und soll.

Die *Nicht-Qualifizierten* sind bisher »Kunden« der Bundesanstalt für Arbeit; da sie die Voraussetzung für eine Ausbildung im Dualen System nicht erfüllen und da es keine Ausbildungsplätze für sie gibt, verbleiben sie in sogenannten Maßnahme-Karrieren.

Die *Hoch-Qualifizierten* können nur aus den neuen MA-Studiengängen kommen, wenn diese erstens wirklich auf die Berufspraxis ausgerichtet werden, wenn sie zweitens von den Fachhochschulen zugänglich sind und wenn sie sich drittens im Wege der Aufstiegsweiterbildung auch gegenüber dem Dualen System öffnen. Der grassierende lokale Numerus Clausus macht dies alles einstweilen unmöglich.

Die Qualifizierung *niedrig qualifizierter* Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann nur durch betriebliche Weiterbildung gelingen. Doch sie fallen zwischen der Aufstiegsweiterbildung der Betriebe und der Arbeitslosenweiterbildung der Bundesanstalt für Arbeit hindurch.

Das Duale System, die vollschulische Berufsausbildung unter Einschluss der Berufsakademien, die Hochschulausbildung unter Einschluss der Fachhochschulen sowie die beiden Bereiche der Anpassungs- und der Aufstiegsweiterbildung stehen als getrennte in sich konsistente Systeme nebeneinander. »Sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen« – das Münchhausen-Syndrom – d.h. die gemeinsame bezeichnete Aufgabe zu erfüllen scheint derzeit aus objektiven (Ausbildungsplatzmangel) wie systematischen Gründen (Durchlässigkeitsmangel) unmöglich. Deshalb hat der Sachverständigenrat der Böckler-Stiftung vor fünf Jahren zu Recht vorgeschlagen, aus Teilbereichen der Erstausbildung, dem Studium und der Weiterbildung ein »differenziertes Gesamtsystem lebensbegleitenden Lernens« unter einem neuen Leitbild – Selbststeuerung und Eigenverantwortung, Qualitätssicherung und Beratung) zu entwickeln.⁶

4 Migration – die Berufsausbildung wird »bunter«

Im Dualen System liegt der Anteil der Jugendlichen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zur Zeit in den alten Bundesländern bei 7,5% und ist in den neuen Bundesländern verschwindend gering; in den beruflichen Schulen liegt er bei 8,1%, mit großen Unterschieden zwischen den Branchen. Das ist angesichts des Ausländeranteils an den Schülerinnen und Schülern unterdurchschnittlich.⁷

Dies wird sich mit Sicherheit ändern, – man weiß nur nicht wieso und wie weit – fast alles ist Spekulation:

1. Wenn die Bevölkerung der Bundesrepublik bis 2030 auf 75 Millionen und bis 2050 auf 50 Millionen schrumpft – so manche Prognosen – wird ein Teil des Bevölkerungsverlustes durch Zuwanderung ausgeglichen? – Etwa durch eine Verdoppelung des derzeitigen Ausländeranteils?

⁶ s. Anm. 1.

⁷ Bundesminister für Bildung und Forschung, Berufsbildungsbericht 2001, 2001, S. 78.

2. Wie wird sich die Ost-Erweiterung der EU, insbesondere die Herstellung der Freizügigkeit auf die Migration auswirken? Werden die Arbeitsplätze zu den billigen Arbeitskräften auswandern oder werden die billigen Arbeitskräfte zu den Arbeitsplätzen einwandern?
3. Wie werden sich die Jugendlichen mit Doppelstaatsangehörigkeit entscheiden, wenn sie mit 18 Jahren zwischen der deutschen und der ausländischen Staatsangehörigkeit wählen müssen?
4. Werden die Ausbildungsbetriebe – wenn der Ausbildungsplatzmangel in einen Auszubildendenmangel und einen Facharbeitermangel umschlägt – gezielt ausländische Jugendliche für die Ausbildung anwerben oder auf den Arbeitsmarkt vertrauen?

Dies alles sind offene Fragen – alle Antworten beruhen auf Spekulationen. Zwei Entwicklungen lassen sich jedoch voraussagen:

1. Es wird viel mehr ausländische Jugendliche geben, die – nach einem (nachgeholten) allgemeinbildenden deutschen Abschluss – eine Ausbildung im Dualen System anstreben werden. Das Duale System wird »bunter«.
2. Die soziale Integration dieser Jugendlichen wird in Sprachkursen allein nicht gelingen – so wichtig der Erwerb der deutschen Sprache für die soziale und berufliche Integration ist ; nur eine berufliche Integration durch Ausbildung und Arbeit wird die soziale Segregation in den Großstädten und die Entstehung der sogenannten »new underclass« verhindern.

5 Strukturmängel im Dualen System

Rund 30% aller Betriebe bilden aus; 25% könnten ausbilden, tun dies aber nicht. Rund 45% aller Betriebe sind nicht ausbildungsberechtigt.

Von den Jugendlichen, die in den Ausbildungsbetrieben ausgebildet werden, brechen rund 25% die Ausbildung ab. 15% fallen durch die Prüfung, d.h. nur 60% der Ausbildungsanfänger sind erfolgreich.

Von diesen 60% werden (im Westen) wieder 60% durch die Ausbildungsbetriebe in Beschäftigungsverhältnisse übernommen und 25% werden arbeitslos)

Nach Untersuchungen des IAB üben 10 Jahre nach dem Ausbildungsabschluss nur noch gut die Hälfte den erlernten Beruf aus, d.h. zieht man die Arbeitslosen ab, so arbeiten nur weniger als 40% der erfolgreichen Absolventen nach 10 Jahren im erlernten Beruf) Eine Minderheit von Betrieben bildet eine Minderheit ihrer Auszubildenden erfolgreich aus. Das ist ein sehr unbefriedigendes Ergebnis, das auf Strukturmängel schließen lässt.

6 Neue Lernkonzepte für die berufliche Bildung – vom »rezeptiven und imitierenden zum gestaltenden Lernen«

Die Wissensvermittlung folgte lange Zeit dem Modell des »Nürnberger Trichters«, der Erwerb von Fähigkeiten dem Imitationsmodell, das Einstellungs- und Verhaltenstraining dem Modell der Rollenübernahme – allesamt *passive* Konzepte. Wir speichern, was uns eingetrichtert wird; wir können, was uns vorgemacht wurde; wir glauben und handeln so wie unsere Vorbilder. Diese alten passiven Formen des Lernens gelten heute als ineffektiv; neue Lernkonzepte eines aktiven gestaltenden Lernens ersetzen sie. Sie stammen aus völlig unterschied-

lichen Quellen, der Reformpädagogik, der Management-Theorie, der Lern- und Entwicklungspsychologie und der Hirnforschung.

»Wir können viel und wissen wenig. Unser Können bezieht sich darauf, dass wir auf den unterschiedlichsten Input mit sehr schneller Reproduktion eines Output reagieren können, weil unser Gehirn Billionen synaptischer Verbindungen enthält, die es dazu befähigen« schreibt der Hirnforscher Manfred Spitzer in seinem Buch »Lernen«.⁸

»Die zentrale psychologische Komponente des Lernen Lernens ist der Aufbau metakognitiver Kompetenzen. Darunter versteht man den Erwerb von Wissen über die allgemeine Regelmäßigkeit des Lernens und des Gedächtnisses, über nahe liegende Fehler und Missverständnisse bei bewussten und unbewussten Lernprozessen,« schrieb der Lernpsychologe Weinert in seinem Kurzgutachten für das »Forum Bildung«.⁹

Warum gehört bei den Gebildeten das Musische und Literarische zur Bildung und bei den »Ungebildeten« zur Unterhaltung? Warum ist die Erlebnispädagogik nur für Manager und Kriminelle da? Wir lernen, weil wir unsere Umwelt aktiv begreifen und gestalten wollen. Die BLK hat bereits 1998 in ihrem Modellversuchsprogramm »Neue Lernkonzepte in der Dualen Berufsausbildung« vieles von diesen neuen Ansätzen aufgegriffen. Wie steht es um ihre Umsetzung?

7 Sozialisation – Betrieb und Schule als »Flecken« in der Patchwork-Biographie

Von linearen Biographien kann man nicht mehr ausgehen, einer familiären und betrieblichen Sozialisation, die lebenslang dominant bleibt: Einmal Kruppianer, immer Kruppianer. Nun spricht man von Patchwork-Biographien, die aus vielen unterschiedlich großen farbigen Fleckern bestehen: Neben Familie, Schule und Betrieb gewinnen Peer-Group, Nachbarschaft/Kiez und die (nicht mehr so neuen) audio-visuellen und vor allem die elektronischen Medien an Bedeutung, SMS und Internet. Die Jugendsoziologie hat – allen populären Geredes zum Trotz – festgestellt, dass der sogenannte intergenerationelle Wertetransfer ungebrochen ist (»Wie die Alten sangen, so zwitschern die Jungen«) und dass das sogenannte konkrete prosoziale Verhalten, z.B. Treue, hoch im Kurs steht, wenn auch die abstrakten Sekundärtugenden, z.B. Pünktlichkeit, zu wünschen übrig lassen.¹⁰

Familie, Schule und Betrieb können zwar nicht mehr davon ausgehen, dass die jeweils andere Institution ihren je eigenen Beitrag zur Stabilitätsfindung leistet; angesichts der unverminderten Bedeutung der Identitätsbildung und der verwirrenden Vielfalt der neuen Sozialisationsmächte, ist ihr Beitrag jedoch mehr gefragt als je.

8 Das Gemeinwesen – von allen »guten Geistern« verlassen?

Das lokale Gemeinwesen beruhte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf einer parteistaatlichen bzw. pluralistischen politischen Organisation, auf den sozialen und kultu-

8 2002, S. 77.

9 Lernen des Lernens, in: Arbeitsstab Forum Bildung in der Geschäftsstelle des Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bildungs- und Qualifikationsziele von morgen, Materialien des Forums Bildung, o.J., Bd. 5, S. 45.

10 Gille/Krüger (Hg.), Unzufriedene Demokraten, Politische Orientierungen der 16- bis 19-Jährigen im wiedervereinigten Deutschland, DJI – Jugendsurvey 2, 2000, S. 147 ff.

rellen Milieus, in Verbands- und Vereinsstrukturen, sowie in kleinen und großen Betrieben – in Ost und West total unterschiedlich, zum Teil aber auch nicht. Vier wichtige Veränderungen beeinflussen die Arbeit der Kommunen:

1. Die Informalisierung der lokalen sozialen Beziehungen, insbesondere das »Ende der Verbände«.
2. Der Bedeutungsverlust von Kirche und Schule im Westen und Partei und Schule im Osten als selbstverständlicher Mittelpunkt der Gemeinde.
3. Der Rückzug der Betriebe aus der öffentlichen Verantwortung und
4. Die Krise der kommunalen Finanzen.

In der Diskussion über die Zukunft der lokalen Gemeinwesen herrschen in der Tat solche Defizit-Schlagworte vor. Dabei verfügen Jugendliche durchaus über Ressourcen, die sie in die Gemeinwesenarbeit einbringen, wenn sie gefordert werden. Das zeigen nicht nur die Untersuchungen zur Zukunft des Ehrenamtes, sondern auch die zahllosen lokalen Gemeinwesenprojekte, die insbesondere von Stiftungen durchgeführt werden. Betriebe und Schulen sind deshalb aufgefordert, in den von ihnen organisierten »Berufs- und Kompetenzzentren« nicht nur die individuellen, sondern auch die sozialen und politischen Kompetenzen zu fördern.¹¹

9 Das deutsche Duale System – als »Fels« in der internationalen Brandung?

Das Duale System der beruflichen Bildung ist ein internationales Unikat; jeder, der mit internationalen bildungspolitischen Statistiken gearbeitet hat, weiß davon ein Lied zu singen, weil man immer wieder auf seine Einzigartigkeit hinweisen muss. Mit dem Erfolg der deutschen Wirtschaft, insbesondere mit dem Erfolg des deutschen Exports galt auch das deutsche Duale System als erfolgreich und exportverdächtig. Innerhalb der OECD und der EU hat es sich allerdings nicht so richtig durchsetzen können, weil entweder unregulierte oder schulische Systeme dominierten. Die Einführung des westdeutschen Systems in den neuen Bundesländern durch den Einigungsvertrag beruhte auf den besonderen deutsch-deutschen Beziehungen und kann mittelfristig nicht als Erfolg gewertet werden, wobei eine Vielzahl unterschiedlicher Bedingungen eine Rolle spielt. Wird der ausgezeichnete internationale Ruf des Dualen Systems den Niedergang der deutschen Wirtschaft überleben?

Nach Art. 3 Buchstabe p des EU-Vertrages leistet die Gemeinschaft einen »Beitrag zu einer qualifizierten hochstehenden allgemeinen und beruflichen Bildung« in den Mitgliedsstaaten. Nach Art. 127 des Vertrages kann die Gemeinschaft Maßnahmen zur Durchführung ihrer »Politik der beruflichen Bildung« ergreifen, auf wenn sie dabei die »Verantwortung der Mitgliedsstaaten für Inhalt und Gestaltung« beachten und sich jeder Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten enthalten muss. Aber was heißt das schon, wenn die Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können? Einstweilen geht es bei den Aktivitäten der EU vor allem um Mobilität und Austausch, – aber das muss nicht so bleiben.

Die deutsche bildungspolitische Öffentlichkeit hat die Verhandlungen der WTO über GATS zunächst verschlafen und nicht zur Kenntnis genommen, dass auch educational services im

11 Zur Entwicklung der Berufsschulen zu Kompetenzzentren s. insbes. Anm. 1.

Prinzip in die Verhandlungen einbezogen sind. Dann – aufgewacht – verhält sie sich wie das Kaninchen vor der Schlange: Überrollen uns nun die US-amerikanischen Bildungskonzerne? Abwehr und Schutz heißt die Devise. Wie wäre es, wenn man den »Spieß umdreht« und die Globalisierung auch für den Export des deutschen Bildungssystems nutzt, und zwar nicht nur im Bereich der Entwicklungshilfe, wo das deutsche Berufsbildungs-System im Laufe der Jahrzehnte Vorzügliches geleistet hat.

10 Finanzierung – Leere Kassen, Gerechtigkeit, Steuerung

Ich möchte nur auf drei Gesichtspunkte hinweisen, drei Schlaglichter, da ich unmöglich das ganze Feld der Finanzierung auch nur berühren kann:

1. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich davon ausgehe, dass aus öffentlichen Kassen für die berufliche Bildung in absehbarer Zeit nicht mehr, sondern weniger Geld zur Verfügung gestellt werden wird. Das schien bis vor kurzer Zeit auch für die Betriebe zu gelten, wo die Finanzvorstände und die Controller das Sagen hatten. Jetzt scheint es so zu sein, dass die Stunde der Personalentwicklung und Human Resources-Spezialisten gekommen ist; – wenn man nur den Share- und Stakeholders klar machen kann, dass Human Resources durchaus Gewinnbeiträge zu leisten in der Lage sind und nicht nur Kosten verursachen.
2. Wie soll man es erklären, dass die Ausbildung eines 18jährigen Gymnasiasten in der Sekundarstufe II einer öffentlichen Schule kostenlos ist, jedenfalls kein Schulgeld kostet, dass eine 18jährige zukünftige Fremdsprachenkorrespondentin oder MTA an einer privaten Vollzeitberufsschule viel Schulgeld zahlen muss und dass ein 18jähriger Auszubildender eine nach Branchen recht unterschiedliche, aber durchaus beträchtliche Ausbildungsvergütung erhält? Das derzeitige System der individuellen Finanzierung der beruflichen Bildung ist willkürlich und ungerecht.
3. Wenn das Gesamtsystem der Ausbildungsfinanzierung – wie soeben angesagt – auf den Prüfstand gestellt wird, kann ich mir aus Gründen des Lastenausgleiches zwischen den Betrieben, also aus Gründen der Gerechtigkeit bei der Übernahme von Gemeinschaftsaufgaben, Finanzbeiträge aller Unternehmen zur Ausbildungsfinanzierung vorstellen. Unter dem Druck der drohenden Ausbildungsplatzabgabe, die in dem vom Bundestag verabschiedeten Berufsausbildungssicherungsgesetz vorgesehen ist, haben Bundesregierung und Spitzenverbände der Wirtschaft einen Ausbildungspakt abgeschlossen, in dem sich die Partner verbindlich verpflichten, »allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Dabei bleibt die Vermittlung in das Duale System vorrangig. Auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten.« Das soll in den nächsten drei Jahren rund 30 000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr bringen, sowie rund 25 000 betriebliche Plätze für 6 – 12 monatige Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen. Das sieht nach einem großen politischen Erfolg aus! Es stellen sich jedoch auch Fragen nach den politischen Konsequenzen:
 - Werden die Ziele des Ausbildungspaktes erreicht werden und was wenn nicht?
 - Kann es auf die Dauer gut gehen, wenn die ausbildungspolitischen Ziele der Bundesregierung nur durch finanzpolitische Drohungen erreicht werden können?

- Verdrängt das Ziel jedem ausbildungsfähigen Jugendlichen irgendeinen Ausbildungsplatz zu vermitteln und auch für nicht ausbildungsfähige Jugendliche irgendwelche Qualifizierungsmaßnahmen vorzusehen, nicht das vorrangige Ziel einer grundsätzlichen Reform der Berufsausbildung, die in diesem Beitrag angemahnt wurde und die in der sich abzeichnenden Novellierung des BBiG noch nicht sichtbar wird?

Verf.: Prof. Dr. Ingo Richter, Jenaer Straße 19, 10717 Berlin